

deutscher Seite darzulegen Gesichtspunkte dem obersten Wirtschaftsrat berichten muß. Es ist von deutscher Seite darüber kein Zweifel gelassen worden, daß der Zustand, der durch das Luxemburger Abkommen in seiner gegenwärtigen Handhabung durch Frankreich geschaffen ist, unmöglich andauern kann, wenn wir die Alliierten die Absicht haben, deutsche Rohstoffe als Austauschartikel für Lebensmittelbezahlung an die Alliierten heranzuziehen, und wenn es ihnen mit einem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und einer Verjüngung Deutschlands durch industrielle Arbeitsmöglichkeit ernst ist.

(Geplante Militärrevolten.) In mehreren Städten ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, militärische Formationen zu einer im April vorzunehmenden Militärrevolte, zum Zwecke des Sturzes der Regierung, der Sprengung der Nationalversammlung und der Ausrufung der Räterepublik zu gewinnen. Der Plan ist der Regierung in seinem Hauptteil bekannt. Für alle Fälle hat der Reichswirtschaftsminister als Oberkommandierender Befehlsbefugter Erhebungsversuch auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

(Frankreichs Verzögerung des Friedens.) „Daily News“ greift die französische Regierung in einmütigen Leitaufsatz heftig an, da sie durch ihre imperialistische Führung den Frieden verzögere. Das Blatt sagt, die Abtrennung von Danzig wäre eine Dummheit und ein Verbrechen und eine größere Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts, als die Elsaß-Lothringen 1871 angestanden worden ist. Das Blatt lehnt ferner unbedingt die von Bichon vertretene Außenpolitik ab: Rohstoffe und Nahrungsmittel seien die einzig notwendigen Waffen gegen den Bolschewismus.

(Eine abenteuerliche Geschichte) über einen Versuch, den früheren deutschen Kaiser zu entführen, erzählt ein amerikanischer Regimentskommandeur in den New York Times. Das B. L. gibt daraus die Behauptung wieder, der Oberst sei an der Front schon in der Nähe des Kaisers gelangt, als er durch Wachen an der Ausführung seines Planes verhindert wurde. Die Amerikaner hätten die Absicht gehabt, Wilhelm von Preußen den Verbündeten als Weihnachtsgeschenk zu überbringen.

(Die Möglichkeit des Endes Bayerns.) Die Unterdrückung des bayerischen Landtages durch die Kundgebung des bayerischen Zentralrates muß, wie Herr „B. L.“ aus München melden läßt, als das Zeichen zur dritten Revolution angesehen werden, die zur Sprengung des Landtages, zur Ausrufung der Räterepublik, aber auch zur Auflösung des Staates Bayern führen könne; denn Franken, Schwaben und die Pfalz seien reif zum Abfall von München und ihren bürgerlich-republikanischen Experimenten, mit denen die Mehrheitssozialisten anscheinend zusammengehen wollen. Die weiteren Nachrichten lauten verworren. Soweit aus ihnen zu ersehen ist, wurde in der Nacht zu heute die Räterepublik in München ausgerufen! Die Diktatur des Proletariats hat begonnen, der Landtag ist aufgelöst, das Ministerium zurückgetreten, die Sozialisierung beginnt mit „Kampfdampf nach russischem und ungarischem Vorbild“, auch die Presse gehört zu den sozialisierten Objekten, eine rote Armee soll die Räterepublik gegen An- und Eingriffe schützen. Sie lehnt jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ober-Scheidemann-Neck-Gruber ab. Der heutige Montag wird als Nationalfeiertag erklärt, die Arbeit ruht. Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die in Würzburg stattfand, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaate Bayern erklärt.

(Die gesetzliche Festlegung der Betriebs- und Arbeiterrechte.) Das Kabinett hat die Abänderungsvorschläge zu Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen. Danach sind die Arbeiter dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die bisherige Tätigkeit der Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betriebs- und Wirtschaftsgebieten geeignete gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirks-Arbeiterräten und einen Reichsarbeiterrat.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 7. April.

Die Pflicht zur Arbeit. „Vor lauter Sozialisierungswut hungert unser Volk“, wurde kürzlich in der Nationalversammlung gesagt. Und doch ist nichts wichtiger, als den Sozialismus für die immer fehlbar zu werdenden Nahrungsmittelindustrie verantwortlicher zu machen. Sozialismus ist nämlich nicht nur intensive und produktive Arbeit, sondern setzt auch ein weit verankertes, fest eingewurzeltetes Pflichtbewusstsein jedes Volksgenossen voraus. Leider ist aber dieses soziale Pflichtbewusstsein in den letzten Monaten nicht auf der Höhe gewesen. Nur so war es möglich, daß dieses fanatische, tolle und wüste Treiben durch unser Land gehen konnte, das die ohne nicht richtige Lage unserer Bevölkerung niemals verbessern konnte, schließlich aber wesentlich erbärmlicher gestaltet hat. Die

Regierung hatte vom ersten Tage ihres Bestehens an die Sozialisierung des Bergbaues und der Energiequellen in ihr Programm aufgenommen, so daß zu irgendwelchen Arbeitseinstellungen oder gar Generallstreiks auch nicht die geringste Veranlassung gegeben war. Im Gegenteil, die fortgesetzt bald hier, bald da ausbrechenden Streiks und politischen Unruhen haben die Einfuhrmöglichkeiten aus dem neutralen Ausland unterbunden. Wir hätten tatsächlich Lebensmittel — vor allem Reis, Del, Milch, Fleisch und Süßfrüchte — in nicht geringerem Umfange herbeiführen können, wenn wir in der Lage gewesen wären, die nötigen Kompensationen dafür in Gestalt von Kohle, Kali und Eisen zu liefern. Infolge der Streiks war es uns aber nicht möglich, dem Ausland die vorgenannten Erzeugnisse zu liefern, so daß uns die Lebensmittel vor der Nase weggeschleppt worden sind. Das Ausland will eben nicht unser entwertetes Geld, es will unsere Erzeugnisse, und da ist es endlich an der Zeit, daß die Arbeiter einsehen, daß sie sich durch die Streiks von selbst Härten auferlegen, unter denen sie wiederum am schwersten zu leiden haben. Während in den amerikanischen Lagern der Weizen bereits von den Mäusen gefressen wird, haben wir es bei uns durch die wilden Streiks allfälligerweise soweit gebracht, daß wir nicht einmal unseren eigenen Bedarf an Kohle und Kali befriedigen können, geschweige denn dem Ausland davon soviel zuzuführen, daß wir Nahrungsmittel dafür herbeiführen können. Sozialismus und Streik stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber, und ein politischer Kampf um Freiheit und Recht, bei dem Frauen und Kinder in erster Linie betroffen werden, hat von vornherein keine Erziehungsberechtigung verloren. Uns kann nur tüchtige Arbeit retten, die einzig und allein uns in die Lage versetzt, dem Ausland die Kompensationen zu liefern, die es als Zahlungsmittel für die Lebensmittel von uns verlangt.

### Über die Verteilung der von der Entente in Aussicht gestellten Lebensmittel.

In der gestrigen Pressekonferenz äußerte sich ein Mitglied des sächsischen Landeslebensmittellamtes auf Befragen über die in letzter Zeit von einigen Zeitungen veröffentlichte Notiz, wonach nur Ortsgemeinden von über 10 000 Einwohnern mit den von der Entente in Aussicht gestellten Lebensmitteln beliefert werden sollen, folgendermaßen: In Sachsen kann von einer diesbezüglichen Maßnahme des Lebensmittellamtes keine Rede sein, sondern die Notiz beruht wahrscheinlich auf einem Irrtum, weil der Reichsernährungsminister vorgeschrieben hat, daß die Entente-Lebensmittel in erster Linie an die größeren Gemeinden verteilt werden sollen. Es kann nach Ansicht des Lebensmittellamtes die Möglichkeit eintreten, daß die kleineren Gemeinden nicht gleich mit berücksichtigt werden, sondern erst in zweiter Linie, da uns die Lebensmittel wohl in ganz spärlichem Maße zuzuführen werden und vor allem erst die Großstädte und die Industriezentren bedacht werden müssen. Die Selbstversorgung werden es sich wohl gefallen lassen müssen, daß ihnen dieser Zusatz-Lebensmittel wohl kaum zugänglich gemacht werden. Auf keinen Fall beabsichtigt aber das sächsische Lebensmittellamt, die kleineren Ortsgemeinden von der Belieferung gänzlich auszuschließen.

Der Volkskirchliche Laienbund für Sachsen hielt gestern in Dresden eine Tagung ab. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Volkskirchliche Laienbund für Sachsen protestiert gegen die Anordnung einer sikkah religiösen Unterweisung, die den Boden des evangelischen Glaubens verlassen soll, er sieht in der geplanten Entsendung der religiösen Unterweisung aus der Volksschule eine schwere Schädigung und Vergewaltigung der christlich gesinnten Bevölkerung und eine Verarmung der Schule. Der Volkskirchliche Laienbund fordert nach wie vor grundsätzlich für die Kinder in der Schule evangelischen Religionsunterricht.

Arbeiter aufs Land. Der außerordentliche Arbeiter-Mangel in der Landwirtschaft und die dadurch hervorgerufene Bedrohung der landwirtschaftlichen Produktion hat die Reichsregierung zu Maßnahmen veranlaßt, wie sie unsere Leser in der heutigen Bekanntmachung finden. Sie werden hoffentlich zur Lösung dieser für unsere Volksernährung so wichtigen Frage wesentlich beitragen. Vermehrte Gütererzeugung ist jetzt die dringendste wirtschaftliche Forderung und dazu heißt es, Seden an den Platz stellen, an dem er seine Kräfte am nützlichsten verwerten kann. Wer Landarbeit versteht, soll darum hinaus aufs Land! Niemals war der Zugang zur Scholle so leicht wie jetzt. Arbeitsgelegenheit vermittelt kostenlos der Bezirksarbeitsnachweis. Glauchau, Fernruf 33.

Angleichmäßigkeit der Lebensmittelversorgung der Kommunalverbände. Nach den bisherigen Erfahrungen rufen scheinbare Angleichmäßigkeiten in der Lebensmittelversorgung der verschiedenen Kommunalverbände bei den sich benachteiligt Fühlenden erhebliche Beunruhigungen hervor. Sie erklären sich meist aus der Verschiedenheit der Ausgabezeiten der betreffenden Nahrungsmittel. Auch bei der bevorstehenden Belieferung mit den amerikanischen Zusatzlebensmitteln wird sich wieder Ähnliches zeigen. Unsere Transportmöglichkeiten sind so beschränkt, daß nur nach und nach das ganze Land beliefert werden kann. Es darf sich daher kein Kommunalver-

band benachteiligt fühlen, wenn nicht gerade bei ihm mit der Belieferung angefangen werden kann. Und daß der Glauchauer Bezirk nicht zu denen gehört, die am ersten bedacht werden, wissen wir zur Genüge, und merken es jetzt wieder an der Belieferung mit Trockengemüse für das ausfallende Fleischquantum; diese Woche sollen hierfür zunächst die ersten Graupen ausgeteilt werden. Also wappnen wir uns weiter mit Geduld!

Verkehrssperre. Die Beförderung von Frachttugladungen nach Norddeutschland über Leipzig ist mit Ausnahme von Lebens- und Düngemitteln, Saatgut, Zeitungspapier und Umzugsgut bis auf weiteres erneut gesperrt.

Dresden. (Schweres Verbrechen.) Im benachbarten Rennitz wurde von Schiffen der Leichnam einer erwachsenen männlichen Person aus der Elbe gezogen, der in Sackleinwand eingewickelt war. Der Tote, der etwa 25 bis 30 Jahre alt ist und nur kurze Zeit im Wasser gelegen hat, ist allem Anschein nach einem Verbrecher zum Opfer gefallen, da der Kopf und beide Unterschenkel vom Körper völlig losgetrennt waren und auch die Brust und beide Arme Stichwunden aufwiesen. Der Leichnam wurde nach der Priesnitzer Totenkasse gebracht.

Glauchau. (Verhaftete Nahrungsmittel-diebe.) In das Garnison-Lebensmittellager in der Pestalozzistraße wurde nachts eingebrochen und Backobst und Koffinen, Butter, Erbsen, Pökelfleisch und andere Lebensmittel im Werte von 600 bis 700 Mk. gestohlen. Die Diebe wurden in dem 41 Jahre alten Handarbeiter Blechschmidt von hier und dem 20jährigen Soldaten Müller aus Altstadt-Waldenburg ermittelt und zur Haft gebracht. In der Wohnung Blechschmidt sind ein großer Teil der Waren, sowie eine Menge andere Gegenstände gefunden worden, die offenbar ebenfalls von Diebstählen herrühren.

Sebnitz. (Ein Verbrechensnest) ist hier in Verfolgung des Mordes auf der Hochbuschkuppe aufgehoben worden. Der Führer war der Mörder der Hochbuschmirtin, der Soldat Herrl. Jetzt wurden weitere Verhaftungen vorgenommen, u. a. konnte der Hausbursche Patschke aus Schandau festgenommen werden, der in der Bahnhofswirtschaft eine Kassette von 4000 Mark Inhalt gestohlen hatte. Die Bande machte durch Einbrüche, Erpressungen und Ueberfälle in den letzten Monaten die Gegend unsicher. Auch der Ueberfall auf den Kaufmann Althoff wird ihr zur Last gelegt.

Schwarzenberg. (Amtshauptmann Dr. Wimmer), der seit dem 1. Januar 1911 als Vorstand der hiesigen Amtshauptmannschaft wirkt, ist als Geheimer Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen worden und wird dieses Amt am 1. Mai d. J. antreten.

Zittau. (Eine Heranziehung der Kinos für Schulzwecke) ist hier in die Wege geleitet worden. Um den Film in den Dienst des Schulunterrichts zu stellen, wurde ein Ausschuss gebildet, der sich aus Lehrern der hiesigen Bürgerschulen zusammengesetzt und der die Aufgabe hat, die Ausführung geeigneter Filmwerke vor den Kindern zu vermitteln. Es hat bereits eine Aufführung des sogenannten Tuberkulose-Films stattgefunden.

## Zur Abdankung des Kaisers.

Berlin, 5. April. Die „Freiheit“ veröffentlicht aus einer Denkschrift des Generalstabes der Armee Kronprinzen, die zweifellos authentisch ist und das Datum vom 7. Dezember 1918 trägt, Mitteilungen über die Vorgänge, die zur Abdankung des Kaisers geführt haben. Graf Schulenburg fand bei seinem Eintritt am 9. November in Spa in Generalstab eine niedergedrückte, fast kopflose Stimmung vor. In einer Konferenz beim Kaiser führte General Groener in einem längeren Vortrag aus, daß die Lage des Heeres verzweifelt sei, „Deutschland sei in der Hand des Umsturzes“. In Berlin drohe jeden Augenblick der Bürgerkrieg auszubrechen. Da das Feldheer nur noch für wenige Tage Verpflegung habe, müßte man mit einer Hungerkatastrophe im Heere rechnen. Das Heer sei nicht mehr zuverlässig und sei ganz ausgeschlossen, in dieser Lage mit dem Feinde im Rücken mit dem geschlossenen Heer kehrt zu machen, um es in vielwöchigen Märschen zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Nach seiner und des Feldmarschalls Ansicht, der auch alle seine Abteilungschefs und ebenso der Generalquartiermeister, die Generalintendanten und der Chef des Eisenbahnbewesens beiträten, liegt die einzige Rettung des Vaterlandes in der Abdankung des Kaisers. Graf Schulenburg widersprach und empfahl, nicht der Gewalt zu weichen und nicht abzudanken, sondern den Kampf mit den Aufständigen mit ausgefuchsten Führern und ausgefuchsten Truppen aufzunehmen. Der Kaiser schloß sich seiner Auffassung an und erklärte, nicht abdanken zu wollen, wollte aber ebenso auch keinen Bürgerkrieg. In der Erörterung blieben General Groener wie Generalmajor auf ihren Standpunkten stehen. Graf Schulenburg erklärte, nicht zur Wiederaufnahme des Kampfes mit dem Feinde sei das Heer zu haben wohl aber zur Wiederherstellung der Ordnung an einzelnen Stellen und zum geschlossenen Rückzug in die Heimat unter Führung des Kaisers. Der Kaiser wies darauf hin, daß Graf Schulenburgs Angaben im Widerspruch ständen mit dem Feldmarschall Hindenburg ihre Meldungen schwarz auf weiß, nachdem sie alle Oberbefehlshaber befragt haben. Generalfeldmarschall v. Hindenburg sprach sich auf Grund der vorliegenden Meldungen ebenfalls dafür aus, daß die Abdankung unumgänglich nötig sei. Der Kaiser war daraufhin scheinbar entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wollte aber entsprechend den Vorschlägen des Grafen Schulenburg unter allen Umständen den König von Preußen bleiben und sein Heer nicht verlassen. Er ordnete die sofortige telephonische Anfrage beim Gouverneur von Berlin an. Damit schloßen die Mitteilungen der Freiheit.